

daß in der entscheidenden Kommissionsitzung 4 Mitglieder fehlten, bei deren Anwesenheit das Votum wohl anders ausgefallen sein würde. Böhmann ist Protestant, Altdeutscher und Beamter, darum wollten ihn die Elsässer nicht. Abg. Spahn (Chr.) mißbilligt es, daß die Regierung auf Antrag Böhmanns noch andere Zeugen habe vernehmen lassen, als die, um deren Vernehmung der Reichstag ersucht habe. Der Reichstag dürfe sich das Recht nicht aus der Hand nehmen lassen. (Lebhafte Beifall.) Abg. Bedt (Hosp. d. freis. Volksp.) befürwortet die Ungültigkeit der Wahl Böhmanns. In der Wahlprüfung der Abgeordneten sei der Reichstag Gerichtshof (leider!). Die Kandidatur Böhmanns sei offiziell unterstützt worden. Das Vorgehen der Behörden sei ungeheuerlich gewesen. So seien die Gemüther der Elsässer nicht zu gewinnen. Abg. Simonis (Els.) führt aus, Dr. v. Marquardien habe es gemacht, wie ein gewisser Vär in der Fabel. Marquardien wolle den Verdacht offizieller Beeinflussung verwischen. So wolle der Vär die Mücken in dem Gesicht seines Herrn todtschlagen; er schlug die Mücken tot und seinen Herrn dazu. Redner wendet sich dann gegen den Abg. Gamp in heftigstem Rede. Abg. Gamp, der neben dem Redner steht, ruft diesem dreimal das Wort „underschämt“ ins Gesicht und wird unter lebhaftem Beifall der Linken vom Vizepräsidenten Schmidt zur Ordnung gerufen. Die Worte Simonis, die den Abg. Gamp zu dem Rufe „underschämt“ veranlaßten, lauteten: Dem Herrn Gamp wird sein Freund Böhmann für seine Ausführungen nicht dankbar sein. Gott schütze Jeden vor solchen Freunden. Er könne die Kandidatur Böhmanns nur als hyperoffiziell bezeichnen. Abg. Gamp (Rp.) bedauert, daß er sich zu einer solchen Äußerung habe hinreißen lassen, wenn auch auf einen groben Klotz ein grober Keil gehöre. Er bitte um Entschuldigung. Wenn die Ausführungen des Vorredners richtig wären, dann bliebe nichts Anderes übrig, als den Beamten das Wahlrecht zu nehmen. (Einzeln Zwißchenrufe: „Bravo!“ Große Heiterkeit.) Redner wäre dafür, daß das Reichsgericht die Wahlprüfungen erledige. In der Politik gäbe es kein positives Recht. Wer die Macht habe, habe das Recht. (Ironischer Beifall und Händeklatschen links.) Abg. Preiß (Elsässer) bemerkt, die Vorgänge bei der Wahl Böhmanns (konf.) seien direkt ungeheuerlich gewesen. Der Antrag der Kommission auf Ungültigkeitserklärung der Wahl Böhmanns wird angenommen. Darauf wird die Wahl des Abg. Holz (Rp.) ebenfalls für ungültig erklärt. Ferner wird an Stelle des ausgeschiedenen Abgeordneten Dr. Kropatschek (konf.) der Abg. Jacobstötter (konf.) auf Antrag des Abg. Spahn (Centr.) zum Mitgliede der Kommission für Arbeiterstatistik gewählt. — Dienstag: Börserreformgesetz.

In dem Etatsjahre 1895/96 sind im deutschen Reiche, einschließlich der kreditierten Beträge, an Zöllen und gemeinsamen Verbrauchssteuern zur Anschreibung gelangt: 726 469 174 M. (32 493 389 M. mehr als im Etatsjahre 1894/95). Auf die Zölle entfallen davon 414 128 107 M. (28 370 236 M. mehr). Die Einkommensteuer, abzüglich der Ausfuhrvergütung und Verwaltungskosten betrug 659 714 221 M. (20 310 848 M. mehr). Die Stempelsteuern ergaben, und zwar die Stempelsteuern für Wertpapiere, 15 490 075 M. (645 240 M. mehr); die Börsersteuer 19 889 118 M. (3 471 101 M. mehr); die Stempelsteuer auf die Privat-Lotterieloose 3 069 298 M. (738 648 M. mehr); auf Staatslotterieloose 15 737 782 M. (5 333 656 M. mehr). Zur Waiseier. Der Größenwahn der Sozialdemokratie ist kaum je mit größerer Wucht hervorgekehrt worden, als bei dem Beschluß, von den Arbeitgebern für die Arbeiter einen allgemeinen Weltfeiertag zu erkopen. Hier war weder Fürsorge für das leibliche Wohl der Arbeiterstadt, noch irgend ein in andern berechtigten Interessen des Arbeiters liegender Beweggrund, — weder sittliche Pflicht, noch materieller Zwang die treibende Gewalt des Gedankens, sondern allein die Willkür eines durch leichte Erfolge zum Uebermuth verleiteten Demagogenthums. Es sollte der Welt in einem praktischen Fall hochmüthig und prahlerisch die Macht und Gemeinsamkeit der Interessen der Arbeiter aller Länder vor Augen geführt werden. In der That hätte sich die Sozialdemokratie eines großen Triumphes rühmen können, wenn sie diese leichtfertige Forderung gegen den Willen der Arbeitgeber durchgesetzt hätte. Aber die Arbeitgeber erkannten rechtzeitig die ihnen drohende Gefahr und traten gleich dem ersten Versuch der Verwirklichung der Waiseier so geschloffen entgegen, daß die sozialistischen Führer der Tapferkeit besten Theil erwählten und sich vorichtig fünf Jahre lang zurückhielten. In diesem Jahre ist ihnen nun wieder der Kamm geschwollen. Geleitet durch zahlreiche wohlfeile Errungenschaften bei Anständen und im Reichstags, befehrt durch die sozialistischen Anwandlungen der „ethischen“ Damen und Herren in den höheren Gesellschaftsklassen, sowie ermutigt durch die am 1. Mai in Berlin erfolgende feierliche Eröffnung der großen Gewerbeausstellung, — endlich aber auch begünstigt durch die steigende Konjunktur des Marktes, halten sie den Augenblick für günstig, um nunmehr den Arbeiterweltfeiertag nach eigenem Ermessen ins Werk zu setzen. Einzelne nur durch selbstthätige Interessen geleitete oder von menschlicher Schwäche übermannete Arbeitgeber, namentlich in Berlin, verathen auch wirklich Neigung, „diesmal“ nur „ganz ausnahmsweise“ Nachsicht zu üben, um die Gunst der Geschäftslage nicht zu verlieren oder höhere Interessen nicht zu schädigen. Aber will die deutsche Arbeitgeberchaft sich wirklich auch nur eine Stunde einer wässrigen Sentimentalität überlassen? Ueberzieht auch nur einer derselben, welchen unwiederbringlichen Schaden er der Gesamtheit zufügt, wenn er in einer solchen Kardinalfrage des Zeitreites den Gegnern weicht? Dem Arbeiter gönnt jeder Verhängnis ausgiebige Mühe zu Vergnügungen aller Art. Aber — zur rechten Zeit. Geht die offene Abicht der geeinigten Arbeiter darauf aus, die Arbeitgeber in einem besonders grell hervorstechenden Fall zu bedingungslosen Unterwerfung unter den Willen der Arbeiterchaft zu zwingen, so ist Nachsicht nicht nur Schwäche, nicht nur ein Fehler, sondern ein Verbrechen an dem gesammten bestehenden Bürgerthum. Die Schwäche in dieser grundsätzlichen Frage würde bald ihre unabwendlichen Folgen auch auf andern Gebieten des sozialen Lebens nach sich ziehen, vor Allem die Arbeiter überzeugen, daß sie thatsächlich durchzusetzen vermögen, was sie wollen, also bereits die Herren der Lage sind. Was der Welt dann bevorsteht, beweist das Betragen der bei der Berliner Ausstellung beschäftigten Arbeiter, die sich in ihren Maßlosigkeiten kaum noch zu überbieten wissen. Wir ständen vor dem Anfang des sozialistischen Despotismus. Andererseits aber zeigt auch wieder der Ausgang des so leichtsinnig heraufbeschworenen Textilarbeiterausstandes in Cottbus, was die geante Macht der Arbeitgeber vermag. So wenden sich denn die Väter aller Freunde des Vaterlandes erwartungsvoll der deutschen Arbeiterbewegung zu, hoffend, daß sie den Ernst der Lage erkennen und sich nach in letzter Stunde fest zusammenschließen, um mit vereinten Kräften dem sozialistischen Vorstoß einen Gegenschlag zu versetzen, wie er ihm verdient.

Fürst Ferdinand von Bulgarien tritt am Donnerstag aus Paris in Berlin ein und steigt im Schloß ab. Auf der türkischen Mission findet ihm zu Ehren eine größere Festlichkeit statt.

Ein neuer Beitrag zum Kapitel der Schwurgerichte wird aus Offenburg, 25. April, berichtet: Der Redakteur des hiesigen Centrumsblattes der „Offenb. Ztg.“ hatte sich vor dem Schwurgericht wegen Verächtlichmachung von Staatsanwaltschaften zu verantworten, weil er die Civilcasse als ein „legales Kontubernat“ bezeichnet hatte. Die Geschworenen sprachen ihn jedoch frei.

In dem Nonnenloster Maria Heimsuchung (Visitation de la Vierge) in Metz wurden am letzten Sonntag unter großer Feierlichkeit eine Anzahl Nonnen eingeleidet und legten das Gelübde Professio sempiterna ab. Sie waren sämmtlich aus der Schweiz, Da in mehreren Kantonen der Schweiz die Klöster aufgehoben sind, so kommen die Schweizer, die solibatarische Neigungen haben, nach dem Elsaß, oder, falls sie französischen Kantonen angehören, nach Lothringen, wo in den Klöstern kein Wort Deutsch gesprochen wird. Die Anzahl der Klöster hat überhaupt in der Nähe von Metz zugenommen. In den beiden letzten Jahren, nach der Zulassung der Redemptoristen, sind dort vier neue Ordensniederlassungen entstanden. Die Bauten, theils Neubauten, theils Umbauten, sind wahre Paläste, und man kann nachrechnen, daß die Klöster in den beiden Jahren annähernd 3—4 Millionen Mark erfordert haben. Das Geld liefern die Jesuiten, die dort einen Grundbesitz von etwa 20 Millionen haben. Es sind z. B. nicht weniger als neun Nonnen- und zwei Mannsklöster in Metz. Die letzteren sind mit Franziskanern und Verehrern des hl. Joseph besetzt, erstere dagegen gehören fast sämmtlich dem Orden „Sacré Coeur“, der in zahlreiche Unterabtheilungen zerfällt und sich vorzugsweise mit der Erziehung der weiblichen Jugend beschäftigt. Diese ist dort jetzt wieder, wie vor 1870, in den Händen von Schulswestern.

Zu der Verhaftung des Reichstagsabgeordneten Bueb in Straßburg i. Elsaß wird von zuständigen Seite Folgendes mitgetheilt: „Vor einigen Tagen war in Form einer Beilage zur „Volksstimme“, der in Mannheim erscheinenden sozialdemokratischen Zeitung, ein Flugblatt mit der Ueberschrift: „Zur Gemeinderathswahl“ verbreitet worden, ohne daß die hierzu erforderliche Erlaubniß nachgesucht worden war. Deshalb und weil das Flugblatt außer einer groben Beleidigung des elsass-lothringischen Landes-Ausschusses eine Schilberung der gesetzlichen Neuregelung des Gemeinbewahlrechts enthielt, die geeignet war, Staatsanwaltschaften verächtlich zu machen und damit gegen § 131 des Strafgesetzbuches verstieß, wurden polizeiliche Nachforschungen angestellt und im Laufe des vorigen Sonnabends etwa 16 000 Exemplare der Flugchrift bei dem Abgeordneten Bueb entdeckt. Der zuständige Beamte beschlagnahmte sofort den ganzen Bestand und zwar in Gegenwart des Reichstagsabgeordneten, da sich derselbe ausdrücklich als Verfasser des Flugblattes bekannte. Als nun kurz darauf die in starken Ballen verpackten Druckfächer thatsächlich abgeholt werden sollten, waren dieselben verschwunden und Herr Bueb erklärte dem amirenden Beamten, daß er nicht die beschlagnahmten Gegenstände bei Seite geschafft habe. Als er sich weigerte, über den Verbleib derselben Auskunft zu geben, ließ die Staatsanwaltschaft Bueb festnehmen, indem sie sich auf § 31 der Reichsverfassung stützte, der die Verhaftung eines Reichstagsabgeordneten für zulässig erklärt, wenn derselbe bei Begehung einer strafbaren Handlung auf frischer That oder im Laufe des darauffolgenden Tages ergriffen wird. Der Reichstagsabgeordnete Bueb bezeichnete zwar zunächst das gegen ihn eingeleitete Verfahren als ungeheuerlich, gab aber Sonntag Morgen im Gefängniß die schriftliche Erklärung ab, daß er die beschlagnahmten Druckfächer im Keller seines elterlichen Hauses verborgen habe und daß er in die Auslieferung derselben an die zuständige Behörde einwillige. Allerdings war die Angabe Buebs über den Ort, wo er die Flugblätter verborgen haben wollte, falsch, denn dieselben wurden gestern Mittag nicht im Keller seines Hauses, sondern bei einem Parteigenossen vorgefunden. Nachdem die beschlagnahmten Druckfächer bei der Staatsanwaltschaft eingeliefert worden waren, hat dieselbe unmittelbar darauf gestern Nachmittag den Reichstagsabgeordneten wieder auf freien Fuß gesetzt.

Die „Freib. Ztg.“ schreibt: „In scherzhafter Weise wird von einem Abfindungsvorschlag berichtet, der aus dem Wahlkreise Allerswalde des Herrn Alwardt, dem famosen Vektor aller Deutschen, gemacht worden sein soll. 5000 Mark sollen geboten sein, um den Herrn zur Niederlegung seines Mandats zu bestimmen. Die Summe wäre nicht zu hoch gegriffen, um den Reichstag und das Reich von einem Skandal zu befreien. Nur ist es zweifelhaft, ob Herr Alwardt auf das Angebot eingehen würde. Das Reichstagsmandat hat ihm den Nimbus verliehen, den er, ein Puppenspiel sondergleichen, in dem Lande der Yankee's weiblich ausbeutet hat. Nach einem antijemittischen Redaktor A. D. würde dort Niemand gefragt haben; aber ein fehlender Reichstagsabgeordneter, das ist auch jenseits des großen Wassers eine große Anziehungskraft, und Herr Alwardt soll trotz aller Klagen nicht ohne Befriedigung auf den materiellen Erfolg seiner Ozeanfahrt zurückblicken. Da ein antijemittisches Comité in America jedoch die Erklärung abgibt, daß es Alwardt vorläufig noch nicht entbehren könne, so einigt sich vielleicht das Wahlcomité der Herren im Arnberger Kreise mit dem Brooklyner Herren über eine Summe, für die Alwardt den Antijemittischen Nordamerikas für alle Zeiten überlassen wird. Der Betrag selbst müßte dann natürlich Alwardt überwiesen werden. Da es sich um eine Abmachung handelt, bei der jüdische Konkurrenz nicht den Preis drücken wird, so darf man auf beiden Seiten sicher sein, daß das Angebot dem wirklichen Marktwerte entsprechen wird, für dessen Festsetzung die Amerikaner gegenwärtig am meisten berufen sind.“

Die Lage in der österreichischen Hauptstadt gleicht einem ewigen Frage- und Antwortspiel: Wird er (Queger) bestätigt? Er wird nicht bestätigt! Doch, er wird diesmal bestätigt! Er ist bereits bestätigt! Die Bestätigung ist abermals versagt! Man wartet die Bestätigung nicht ab und wählt ihn zum zweiten Bürgermeister, dessen Wahl der Bestätigung nicht unterliegt! Zu diesen Fragen und Antworten, die sich täglich mit mannigfachen Variationen wiederholen, kam am Sonntag noch die Meldung eines antijemittischen Blattes, nach welcher Dr. Queger zur Audienz beim Kaiser befohlen worden sei und in Folge „allerhöchster Intervention“ auf den Bürgermeisterposten verzichten würde. Wenn man sich vergegenwärtigt, was in dieser Angelegenheit während der letzten Wochen von Freunden und Gegnern Quegers zusammengekommen worden ist, so mußte diese Meldung als ein neuer Schwindel erscheinen, und als solchen haben wir dieselbe gestern auch bezeichnet. Diesmal haben wir jedoch denen um Queger Unrecht gethan: die Meldung hat wirklich den Thatfachen entsprochen, wie das nachstehende gestern nach Schluß der Redaktion eingegangene Telegramm erkennen läßt: „Wien, 27. April. Der Kaiser empfing heute Dr. Queger von halb 11 bis 11 Uhr in Audienz. Der Kaiser erkannte vollständig die geistigen Fähigkeiten Dr. Quegers an, ersuchte ihn aber rüchlich der politischen Lage, an seinen Patriotismus appellirend, für den Augenblick auf die Annahme der Wahl zum Bürgermeister zu verzichten, was Queger zusagte.“ — Wir gestehen offen, daß wir

dem Ministerium Badeni mehr Konsequenz und mehr Energie zugetraut hätten. Entweder durfte sich das Ministerium auf einen Krieg mit Queger überhaupt nicht einlassen, oder es mußte denselben bis zur äußersten Konsequenz durchführen. Aber mitten im Kampfe die Waffen strecken und einen Waffenstillstand vom Queger durch Vermittlung des Monarchen als Gnade annehmen, noch dazu von einem Gegner, der als Demagoge ärgster Sorte aus mit dem loyalen, monarchischen Gefühl der Wiener Bürgerschaft sein Spiel getrieben hatte, das hätten wir selbst dem polnischen Opportunitätsministerium Badeni nicht zugetraut. Man leint eben nicht aus, am allerwenigsten in der Politik!

Von anderer Seite wird hierzu geschrieben: In der Wiener Bürgermeisterfrage ist eine überraschende Wendung eingetreten. Am Sonnabend hatte das antijemittische „D. Volkst.“ gemeldet, Dr. Queger werde vom Kaiser empfangen werden und sei eine Bestätigung des Antijemittischen Führers als erster Bürgermeister von Wien wahrscheinlich. Das „N. W. Tagebl.“ hatte dieser Nachricht auf Grund eigener Mittheilungen Dr. Quegers widersprochen, wie es sich jetzt zeigt, mit Unrecht, denn heute wird gemeldet: Wien, 27. April. Der Kaiser empfing Sonntagmorgens während der allgemeinen Audienzen Dr. Queger. Seine Berufung zum Kaiser scheint erst gestern erfolgt zu sein, da Ministerpräsident Badeni gestern vom Kaiser empfangen wurde. Die Bürgermeisterfrage soll eine vorläufige Lösung erhalten. Es verlautet, Queger werde nachträglich erklären, auf die Stelle des Bürgermeisters zu verzichten, womit die Bestätigungsfrage entfällt. Queger würde nunmehr zum ersten Vizebürgermeister gewählt, welcher der kaiserlichen Bestätigung nicht bedarf, und als solcher die Geschäfte der Stadt Wien führen und im Spätherbst neuerlich zum Bürgermeister gewählt werden. Falls dann gegen seine Amtsführung nichts vorliegt, würde er die kaiserliche Bestätigung erhalten. Die durch die Frühblätter bekannt geordnete Werbung von der Audienz Quegers beim Kaiser veranlaßte die Ansammlung einer größeren Menschenmenge in der Hofburg. Dr. Queger wurde mit stürmischen Hochrufen begrüßt, worauf die Menge die „Queger-Hymne“ sang.

Der „N. Fr. Pr.“ zufolge begab sich Dr. Queger gestern nach der Audienz beim Kaiser in das Rathhaus und überreichte dem Bezirkshauptmann v. Friebels die Verzichtserklärung auf das ihm durch die Wahl übertragene Bürgermeisteramt.

Nach der Audienz mit Queger empfing der Kaiser den Ministerpräsidenten Grafen Badeni. Wie verlautet, dürfte der Abgeordnete Prof. Schlesinger (Parteiangehöriger Quegers) zum ersten, Queger zum zweiten Bürgermeister gewählt werden.

Ein Militärskandal, wie er nur in einem Militärsache möglich ist, beschäftigt die öffentliche Meinung in der Schweiz sehr stark. Vor einiger Zeit sah sich der Bundesrath genöthigt, den Obersten der Kavallerie Oberst Wille zu entlassen und durch den Obersten Marwalder zu ersetzen. Sofort ließ eine Anzahl höherer Kavallerieoffiziere eine Erklärung an den Bundesrath gelangen, wonach sie ihrem neuen Chef erst „die schuldige Achtung erweisen“ könnten, nachdem er sich gegen die von Oberst Wille erhobene Anklage eines Mangels an Wahrhaftigkeit gerechtfertigt haben würde. Mit Ausnahme derjenigen Blätter, die im Streite des Obersten Wille mit dem Bundesrathe auf des ersteren Seite gestanden, hat die Presse diesen neuen Skandal verurtheilt, und das schweizerische Militärdepartement sah sich im Interesse der Manneszucht gezwungen, gegen die Offiziere, zwei Brigades- und acht Regimentskommandeure, einzuschreiten. Es beschloß, wie schon gemeldet, den ersteren 15, den letzteren 10 Tage Arrest aufzuerlegen. Der Bundesrath nahm von dem bezüglichlichen Bericht Kenntniß und genehmigte die Verhängung des Arrestes. Unter dessen hat sich aber Oberst Wille selber noch nicht gegen die Anklagen der Unwahrheit und Verleumdung, die von anderen Offizieren gegen ihn erhoben worden waren, gerechtfertigt, wohl aber erklärt sich das Gerücht, er selber habe den Brigades- und Regimentskommandeuren die oben erwähnte Eingabe verfaßt. Aber abgesehen von dem allen, und angenommen, bezüglich der „Wahrhaftigkeit“ des jetzigen und des früheren Befehlshabers seien noch Aufklärungen nöthig, so wird die öffentliche Meinung in der Schweiz nie zugeben, daß sich Offiziere als Ehrengerichtshof aufstun und ihren Vorgesetzten gleichsam vor sich citiren. Man darf schon jetzt föhlich sagen, so bemerkt ein Korrespondent der „Straßburger Post“, daß die in der Kavallerie vorgekommenen Skandale der Armeebefehre im Volk mehr geschadet haben, als sämmtliche gegnerischen Erörterungen bei Anlaß der Volksabstimmung über die neuen Militärartikel der Bundesverfassung.

In der Schweiz werden die Bezirksrichter vom Volke gewählt. Dabei wird auch ganz offen der politische Standpunkt berücksichtigt und von verschiedenen Parteien verschiedene Kandidaten aufgestellt. Wenn uns das schon seit Jahren erfährt, dann muß es uns noch seltsamer berühren, was jüngst die „Neue Züricher Zeitung“ zur Empfehlung einer ihrer Kandidaten vorbrachte: „Herr (Friedensrichter) Fügli betreibt neben seinem Amte eine Wirtschaft, und es ist durchaus wünschenswerth, daß ein Mitglied des Bezirksgerichts Zürich einen solchen Nebenberuf nicht habe. Wir sind aber im Besitze einer Erklärung des Herrn Fügli und von ihm ermächtigt, sie zu veröffentlichen, durch die sich der Kandidat verpflichtet, bei einer eventuellen Wahl, das mit dem Richteramt nicht gut vereinbare Wirtschaftsgewerbe sofort aufzugeben. Das einzige Bedenken, das der Wahl Fügli entgegenstände, ist mit dieser Erklärung eines Ehrenmannes beseitigt, so daß wir auch diesen Kandidaten mit vollem Vertrauen empfehlen können.“ „Deutsche Juristen-Zeitung“ 1896. S. 32. Man denke sich einmal einen deutschen Richter, der bis zur Uebernahme seines Amtes eine Wirtschaft gehabt hat.

Heute Dienstag wird das italienische Parlament seine Arbeiten, welche aus Anlaß der Osterferien und um dem neuen Kabinett zur Orientierung in der inneren und äußeren Politik die Zeit zu gönnen, unterbrochen wurden, wieder aufnehmen. Die Abgeordnetenversammlung hatte sich zwar in der letzten Sitzung auch über das afrikanische Programm des neuen Kabinetts ausgesprochen, aber ihr Urtheil war nichts weniger als klar und stellte Niemanden zufrieden. Das Kabinett, das aus einer Gruppe der alten Kammerminorität hervorgegangen war und deshalb befürchte, schon bei der ersten Debatte zu unterliegen, war durch die Abstimmung gewiß angenehm überrascht, indem 219 Deputirte die von Sonnino vorgeschlagene und vom Konseilpräsidenten lebhaft befämpfte Tagesordnung zurückwies, während kaum 119 Abgeordnete mit dem gemeinsamen Schatzminister votirten; indeß vertritt diese Majorität von 100 Stimmen keine eingehende Prüfung, da an derselben die Radikalen, die Republikaner und Sozialisten Theil nahmen, auf welche ein monarchisches Kabinett nicht zählen kann, und da nicht weniger als 72 Abgeordnete, welche immer das Kabinett Crispi unterstüzt hatten, sich der Abstimmung enthielten. Die sichere Voraussicht, die Stimmen der Umsturzelemente bei erster Gelegenheit zu verlieren, und der Zweifel über die künftige Haltung der 72 Schweigenden hinderten natürlich das Kabinett seine Stellung für definitiv festgestellt zu halten. Andererseits waren die Freunde Crispi's unzufrieden, da sie mit einem verfehlten Antrag Sonnino's, der bei diesem Anlaß mit Paratieri

berglige
Wahren
rückficht
Es ist b
getretere
Wenest
präftien
die Frie
lichte br
jedes W
den Frie
der polit
gerichtet
schlert
im Geg
Wenest
sich ban
verlange
erklärte
Anfrage
fügte so
es die Z
Friede n
auch die
welche G
kam sich
machte,
Regus
Begrüßu
haben de
eröffnet
geleht
offiziell
civote“,
Krieges
Wesfün
da es b
aber die
Berwirr
Deputirt
liche pol
Staliens
politik
predigen
fortzuset
Unterstu
Krieg, i
Frage, v
Bel
abgehal
Arendt
gendes
des Bin
beligche
Uebereje
schen un
neren e
mühung
geführt
Wingli
Unterju
nahmen
der BÄ
zu erwa
des belg
cher ber
und ber
verbänd
folgte K
Königs
Der
reich is
ein Kon
sibentem
Bespred
Freund
der rep
dürften
scheitern
ausficht
der Ber
konnte
ist, sich
Kabinett
nicht.
Meinung
einen d
mit der
nunmehr
trations
zusamm
Bericht
übergeh
sagte,
Zusam
den ein
Carriere
allerum
weil er
mandv
bingun
die Waf
Verfaff
stewer
haben.
dargef
als je
Dourbe
nach u
wirklich
Meinen
zur An
durchfi
Minist
De M
wird,
gestell
sein R
- Sour
Dieses